

Quelle Süddeutsche Zeitung vom 05. 04. 2005
Seite 6
Ressort Politik
Copyright SZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München - Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.diz-muenchen.de

Berlin wirbt für EU-Verfassung

Berlin (ddp/SZ) - Die Bundesregierung wirbt seit Montag mit einem Info-Truck für mehr Verständnis und Kenntnis der künftigen EU-Verfassung. Nach dem Start in Berlin wird der Lastzug Halt in 50 deutschen Städten machen, um das Verfassungswerk den Bürgern näher zu bringen. Die Tour ist bis zum Frühjahr 2006 geplant. Besonders jungen Menschen soll die erste Verfassung für Europa nahe gebracht werden.

Vize-Regierungssprecher Thomas Steg räumte ein, oftmals hätten die Bürger das Gefühl, Europa sei von den Menschen "weit entfernt". Die Info-Tour, die unter dem Motto "Europa tut Deutschland gut" steht, solle nun dazu beitragen, diesen Abstand zu verringern. Neben umfangreichem Informationsmaterial bietet der Truck daher besonders für Jugendliche interaktive und spielerische Elemente, um Europa und seine

künftige Verfassung besser kennen zu lernen.

Nach bisherigem Fahrplan soll die EU-Verfassung zum 1. November 2006 in Kraft treten. Sie verpflichtet alle EU-Mitglieder zur Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit und der Rechtsstaatlichkeit. Die EU-Grundrechtecharta ist Bestandteil der Verfassung. Vorgesehen ist, die Mitbestimmung des Europaparlamentes wesentlich zu erweitern. Zudem soll die EU künftig statt des rotierenden Vorsitzes einen Präsidenten bekommen sowie einen Außenminister. In Deutschland beschließen Bundestag und Bundesrat über die Ratifizierung; in etwa der Hälfte der EU-Staaten stimmen die Parlamente ab. Die andere Hälfte will ihre Bevölkerung entscheiden lassen. Das nächste Referendum findet am 29. Mai in Frankreich statt. Zwei Monate vor der

Abstimmung sind die Gegner in der Mehrheit: Nach jüngsten Umfragen liegt der Anteil der Nein-Sager bei 55 Prozent. "Wenn ein Land in der Union die Verfassung ablehnt, dann wird es keine Verfassung geben", sagte Außenminister Michel Barnier. "Wir würden die bestehenden Verträge behalten, die unzureichend sind."

Die nächsten Stationen des Trucks sind Jena (5.4.), Halle/Saale (6.4.), Cottbus (7.4.), Braunschweig (8.4.), Lübeck (11.4.), Oldenburg (12.4.), Münster (14.4.) und Nürnberg (20./21.4.).